

Manager "mit globaler Erfahrung" sind in Österreich rar

Utl.: Experten: Weniger Steuern für ausländische Fachkräfte - Ohne Migration fehlen Tausende in Bildungsbereich und Gesundheitswesen

Wien (APA) - Damit Österreich attraktiv für internationale Firmen bleibt, müssen das Bildungswesen verbessert und steuerliche Anreize für ausländische Fachkräfte gesetzt werden. Das war der Tenor einer Podiumsdiskussion von Wirtschaftsexperten Mittwochabend in Wien.

In politischer und rechtlicher Hinsicht ist die Alpenrepublik nicht mehr oder weniger wettbewerbsfähig wie andere westeuropäische Länder, meint Henning Jensen, Vorstandsvorsitzender des Wiener Feuerfestkonzerns RHI. Allerdings merkt er kritisch an, dass es "in Wien schwer ist, Leute mit globaler Erfahrung zu bekommen".

Diesen Mangel bescheinigt auch Günther Tengel, Geschäftsführer der internationalen Personalrekrutierungsfirma Amrop Jenewein: "Es gibt Vollbeschäftigung in Teilmärkten, wo sie nur noch Spitzenkräfte bekommen, wenn sie überzahlen". Er legt den heimischen Politikern nahe, Geld für die Themenbereiche Bildung, Arbeitsmarkt und Migration in die Hand zu nehmen. Sonst könne man sich in Zukunft schwerlich in Osteuropa und der "DACH-Region", wozu neben Österreich auch Deutschland und die Schweiz gehören, behaupten.

10.000 Fachkräfte im Bildungsbereich und 25.000 Spezialisten im Gesundheitswesen würden in den nächsten Jahren fehlen, davon ist Tengel überzeugt: "Wenn wir da nicht einlenken, fahren wir gegen die Wand". Ein Teil dieser Kursänderung ist die gezielte Anwerbung von gebildeten Migranten. "Ich bin froh, dass wir mit der Rot-Weiss-Rot-Card von der Quote wegkommen", so Florian Khol, Partner der Rechtsanwaltskanzlei Binder Grösswang.

Ausländische Fachkräfte sollen, wenn es nach Barbara Polster-Grüll, Partnerin der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, geht, steuerlich begünstigt werden. Konkret soll das für die sogenannten "Expatriates", die für maximal fünf Jahre in Österreich tätig sind, gelten. Jensen, norwegischer Staatsbürger und nach eigenem Bekunden mit dem heimischen Spitzensteuersatz durchaus vertraut, fühlt sich aber schon jetzt von Österreich gut behandelt: "Das einzige Problem waren die zwei Stunden Anstehen beim Einwohnermeldeamt".

Die Stärken der Alpenrepublik streicht Martin Müllner von der Austrian Business Agency (ABA), der staatseigenen Betriebsansiedlungsagentur, heraus. Das österreichische Gesamtpaket sei sehr gut, nicht umsonst gebe es an die 300 regionale Headquarter, vor allem Osteuropa-Zentralen, in Wien. Die heimische Politik lobt er angesichts des mit 2,76 Prozent "hohen Anteils", den Forschung und Entwicklung (F&E) am österreichischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat. In der EU belegt man damit nach Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland den fünften Platz.

RHI-Chef Jensen warnt in diesem Zusammenhang davor, sich zu viel auf Wien als Osteuropa-Zentrale zu verlassen. Tschechien, die Slowakei oder Ungarn würden mit der Zeit mehr Talente entwickeln, sodass "der Bedarf für ein Osteuropa-Headquarter nicht mehr da ist". Sorgen macht den Diskutanten auch der Wiener Flughafen, der neulich Verbindungen gestrichen hat und dessen Skandal-Terminal "Skylink" für hitzige Diskussionen sorgt.

Die Austrian Business Agency (ABA) ist die Betriebsansiedlungsagentur der Republik Österreich. 2010 sind 198 Unternehmensansiedlungen geglückt. Die ABA arbeitet dabei in einem extrem konjunkturabhängigen Umfeld, die Wirtschaftskrise 2009 brachte das Geschäft praktisch zum Erliegen. Aktuell arbeitet die ABA an 500 Projekten.

(Schluss) sus/mer/re/ags

APA0091 2011-03-31/09:00

310900 Mär 11